

SVP des Kantons Zürich

Lagerstrasse 14

8600 Dübendorf

Tel. 044 217 77 66

Fax 044 217 77 65

E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch



Parolen zur Volksabstimmung vom 9. Februar 2014

Eidgenössische Vorlagen

1. Bundesbeschluss über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur (FABI)	NEIN
--	-------------

Die Vorlage zu Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur FABI will einen Ausbau des Angebots. Betrieb und Substanzerhalt der bestehenden Infrastruktur sollen auf eine „solide“ finanzielle Basis gestellt werden. Gegen einen Bahninfrastrukturfonds ist nichts einzuwenden. Die SVP lehnt aber dessen Quersubventionierung ab. Das Parlament hat den Fonds von 3,5 auf 6,4 Milliarden Franken aufgestockt. Für die Zeche werden einmal mehr vor allem die Strassenbenützer aufkommen müssen. Der Pendlerabzug soll auf 3000 Franken jährlich begrenzt werden. Betroffen werden Strassenbenützer sein, die täglich pro Arbeitsweg mehr als 10 Kilometer zurücklegen. Die Erträge aus der Schwerverkehrsabgabe, werden ohne jede zeitliche Limitierung für Projekte des Schienenverkehrs abfliessen. Mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer wird jeder Einzelne mehr bezahlen müssen! NEIN zu dieser teuren Vorlage.

2. Volksinitiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache»	JA
---	-----------

Jahr für Jahr diskutieren wir, wie wir die Kostenexplosion im Gesundheitswesen und somit den Prämienanstieg unserer obligatorischen Krankenversicherung in den Griff bekommen können. Es ist falsch, dass Schwangerschaftsabbrüche durch die obligatorische Krankenversicherung gedeckt sind. Denn Schwangerschaftsabbrüche gehören nicht in die Grundversorgung unserer Krankenversicherung. Abtreibungen sind keine Krankheit. Vorbehalten bleibt selbstverständlich die Kostenübernahme im Falle einer Vergewaltigung sowie in Fällen, bei denen das Leben der Mutter ernsthaft gefährdet ist. Die SVP sagt Ja zur Initiative: Niemand soll verpflichtet werden, über Prämien die Abtreibungen anderer mitfinanzieren zu müssen. Die Möglichkeit einer Abtreibung wird durch die Volksinitiative nicht infrage gestellt.

3. Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung»	JA
--	-----------

Rund 80'000 Personen wandern jährlich mehr in unser Land ein als aus (Tendenz steigend). Jährlich entsteht neu eine Stadt in der Grösse von Luzern oder St. Gallen in unserem Land. Jede vierte Person in der Schweiz ist ein Ausländer. Geht die Zuwanderung unbegrenzt weiter, wird die Schweiz im Jahr 2035 die 10-Millionen-Grenze überschreiten. Die Folge: Die heutige Zuwanderung ist für die Schweiz weder kulturell noch mengenmässig verkraftbar. Die Initiative will Mass halten bei der Einwanderung. Die Schweiz soll wieder selbst bestimmen, wie viele Ausländer in die Schweiz kommen können. Unser kleines Land platzt aus allen Nähten. Jede Sekunde wird ein Quadratmeter zubetoniert. Dreimal mehr Ausländer als Schweizer landen in der Sozialhilfe. Die Kantone schreiben reihenweise rote Zahlen. Und dies alles in der Hochkonjunktur. Dieser Masslosigkeit muss mit einem JA zur Volksinitiative gegen Masseneinwanderung» Einhalt geboten werden.

Kantonale Vorlage

1. Planungs- und Baugesetz (PBG) (Änderung: Zonen mit Anordnungen zur Nutzung erneuerbarer Energien)	NEIN
---	-------------

Die von links-grüner Seite lancierte folgenschwere Revision des kantonalen Planungs- und Baugesetzes (PBG) will, dass die Gemeinden künftig in ihren Zonenplänen Gebiete festlegen können, in welchen zwingend erneuerbare Energie (z.B. Solarenergie) genutzt werden muss. Die Vorlage ist unnötig und ein massiver Eingriff ins Privateigentum. Eine energetische Gebäudesanierung ist bereits seit 2012 gesetzlich verankert. Der Ökozwang führt zu massiv höheren Mieten und Wohnkosten. Die SVP sagt NEIN zu linksgrünen Experimenten. Wir dürfen die sichere Energieversorgung nicht aufs Spiel setzen.